

Investitionspläne ergaben für die Jahre 1982 bis 1986 einen Gesamtbedarf von rund 1,7 Milliarden Franken. Dem hätte ein Bundesanteil von 559,4 Millionen Franken entsprochen. Bewilligt wurde jedoch nur ein Rahmenkredit von 510 Millionen, zuzüglich einer Reserve von 5 Millionen für Beiträge bei Naturschäden. Die Kürzung des – erst noch auf sechs statt auf fünf Jahre zu verteilenden – Rahmenkredites bewirkte eine Herabsetzung der geplanten Investitionen um fast 107 Millionen Franken.

Das Investitionsprogramm gemäss Botschaft 81.034 beruht auf Preisen von 1980. Die neuesten Preisofferten weisen jedoch gegenüber den damaligen Angeboten enorme Erhöhungen auf, so dass ohne Nachfinanzierung weitere namhafte Kürzungen unumgänglich würden. Das wäre kaum zu verantworten, denn «der weitaus grösste Teil der angemeldeten Investitionen dient dem Ersatz veralteter Anlagen und Fahrzeuge und damit der Erhaltung der Betriebssicherheit» (Botschaft Seite 18). Ein Drittel des gesamten Investitionsbedarfs betrifft die Anschaffung von Fahrzeugen. Müssten hier nochmalige Abstriche im Auftragsvolumen vorgenommen werden, träfe es eine Branche, die gegenwärtig mit grossen Umstrukturierungs- und Arbeitsplatzproblemen kämpft.

Wir ersuchen daher den Bundesrat aus verkehrspolitischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen, Massnahmen zu treffen bzw. vorzuschlagen, die geeignet sind, die Realisierung der geplanten dringenden Investitionen vollumfänglich sicherzustellen, und danken ihm dafür.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates
Rapport écrit du Conseil fédéral*

Siehe Seite 394 hiervor – Voir page 394 ci-devant
(Motion 82.504 Reimann)

Präsident: Der Bundesrat beantragt, den Vorstoss als erfüllt zu betrachten. Herr Oester gibt eine kurze Erklärung ab.

Oester: Einiges von dem, was ich namens der Fraktion vor einem halben Jahr zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen habe, ist nun ins Massnahmenpaket zur Verbesserung der Beschäftigungslage aufgenommen worden. Ich stelle dies mit Genugtuung fest und danke allen, die entsprechende Anträge eingebracht bzw. unterstützt haben.

Gestatten Sie mir noch zwei Feststellungen, auf die ich grossen Wert lege: Erstens ist offen und deutlich darauf hinzuweisen, dass der Bundesrat dem Parlament früher als ursprünglich beabsichtigt einen neuen Rahmenkredit für Investitionen konzessionierter Transportunternehmen wird vorlegen müssen. Herr Bundesrat Furgler hat schon einmal ganz kurz dieses Thema angetippt. Nachdem nun beschaffungsreife Vorhaben in beträchtlichem Ausmass vorgezogen werden sollen, wird das unausweichlich sein. Ich hoffe sehr, die Räte werden dannzumal für die Förderung des öffentlichen Verkehrs ebensoviel Verständnis zeigen wie heute im Rahmen der Wirtschaftsförderung. Zweitens ist in Anlehnung an das Votum unseres Fraktionssprechers Jaeger zu betonen, dass wir aus dem, was uns jetzt bei der Wirtschaftsförderung Schwierigkeiten bereitet, Lehren ziehen müssen. Trotz mittelfristig zum Teil grossem Investitionsbedarf sind ausführungsfähige Vorhaben in verschiedenen zivilen Bereichen mühsam zusammengekratzt worden. (Das ist doch der Hauptgrund, warum das Militär so viel mehr bekommen hat.) Musterbeispiel: SBB. Aus diesem recht grotesken Umstand ist zu folgern, dass der Bund nun zielstrebig daran gehen muss, vorausschauend ein Beschäftigungsprogramm zu erarbeiten. Dieses Programm ist laufend à jour zu halten, denn die nächste Rezession kommt gewiss.

In diesem Sinne erkläre ich mich mit dem Antrag des Bundesrates, mein Postulat als erledigt abzuschreiben, einverstanden und danke ihm für die Anträge, die er gestellt hat.

Abgeschrieben – Classé

82.586

**Postulat Rothen
Situation in der Uhrenindustrie
Situation de l'industrie horlogère**

82.587

**Postulat Rothen
Uhrenindustrie. Mängel der Branche
Industrie horlogère. Déficiences de la branche**

Wortlaut des Postulats 82.586 vom 8. Oktober 1982

Der Bundesrat wird ersucht, dem Parlament einen Bericht über die Situation in der Uhrenindustrie zu unterbreiten. Der Bericht soll in Anlehnung an den Bericht von Prof. Hill vom März 1977 verfasst werden.

Texte du postulat 82.586 du 8 octobre 1982

Le Conseil fédéral est invité à présenter au parlement un rapport sur la situation de l'industrie horlogère. Ce rapport prendra pour modèle celui du Professeur Hill paru en mars 1977.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aubry, Borel, Deneys, Eng, Gloor, Houmard, Kohler, Raoul, Loetscher, Meizoz, Müller-Balsthal, Nussbaumer, Reimann, Ruffy, Stich (14)

Wortlaut des Postulats 82.587 vom 8. Oktober 1982

Die jüngst erschienene Studie des Genfer Battelle-Instituts zeigt, dass die Schwierigkeiten der schweizerischen Uhrenindustrie unter anderem zurückzuführen sind auf

- das zu späte Vermarkten neuer Technologien,
- die zu breite horizontale Branchenorganisation,
- ein ungenügendes Marketing.

Die im Auftrag des EVD von Prof. Hill verfasste Studie vom März 1977 zeigte die gleichen Mängel auf.

Die in der Uhrenbranche bestehenden bekannten Mängel haben bedenkliche Auswirkungen. Sie gefährden die Branche als ganzes und damit die von der Uhrenindustrie wirtschaftlich dominierten Regionen.

Im Interesse der wirtschaftlich bedrohten Regionen und der Erhaltung der schweizerischen Uhrenindustrie wird der Bundesrat gebeten, auf die Uhrenbranche einzuwirken und mitzuhelfen, diese auf die im gesamtschweizerischen Interesse liegende Zielsetzung auszurichten.

Texte du postulat 82.587 du 8 octobre 1982

L'étude de l'Institut Battelle à Genève, parue récemment, montre que les difficultés de l'industrie horlogère suisse sont imputables notamment à

- des retards dans la commercialisation de nouvelles technologies,
- une structure trop horizontale de la branche,
- une promotion insuffisante.

Le rapport de mars 1977, rédigé par le Professeur Hill pour le compte du Département fédéral de l'économie publique, mettait en évidence les mêmes lacunes.

Les déficiences notoires de l'industrie horlogère ont des répercussions inquiétantes. Elles menacent la branche dans son ensemble, et par là-même les régions dont c'est la principale ressource.

Pour éviter le dépérissement de ces régions et pour assurer le maintien de l'horlogerie en Suisse, le Conseil fédéral est invité à agir en vue d'amener et d'aider cette branche à orienter son évolution dans l'intérêt de l'économie dans son ensemble.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aubry, Borel, Deneys, Eng, Gloor, Houmard, Kohler Raoul, Loetscher, Meizoz, Müller-Balsthal, Nussbaumer, Reimann, Ruffy, Stich (14)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet bei beiden Postulaten auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates**Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat ist bereit, beide Postulate entgegenzunehmen.

Überwiesen – Transmis

82.599

Postulat Graf**Klein- und Mittelbetriebe. Rahmenbedingungen****Mesures en faveur des petites et moyennes entreprises***Wortlaut des Postulats vom 30. November 1982*

Zahlreiche kleinere und mittlere Betriebe sehen sich trotz der Schlüsselfunktion, die sie für die Erhaltung einer freien Markt- und Gesellschaftsordnung spielen, mit existenzbedrohenden Problemen konfrontiert. Der Bundesrat wird deshalb eingeladen zu prüfen, wie die Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe verbessert werden können, darüber Bericht zu erstatten und einschlägige Massnahmen einzuleiten.

Verlangt werden insbesondere:

1. eine verstärkte Berücksichtigung der besonderen Situation der Klein- und Mittelbetriebe durch Verzicht auf administrativ aufwendige Lösungen im Rahmen der Gesetzgebung und Verordnungen;
2. eine Berichterstattung über Möglichkeiten, den Zugang der Klein- und Mittelbetriebe zum Risikokapital zu erleichtern und insbesondere deren Eigenfinanzierung zu verstärken;
3. Wiederaufnahme und zügige Weiterführung der Revision des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb;
4. entschiedene Massnahmen auf multinationaler und bilateraler Ebene, um die neu errichteten – zum Teil internationalen Vereinbarungen widersprechenden – protektionistischen Positionen des Auslandes abzubauen.

Texte du postulat du 30 novembre 1982

En dépit du rôle capital joué par les petites et moyennes entreprises (PME) dans le maintien de l'ordre social et de l'économie de marché, nombre d'entre elles ont bien du mal à atteindre le seuil de rentabilité. Certaines de leurs difficultés sont dues à des conditions générales défavorables. C'est pourquoi le Conseil fédéral est prié d'étudier l'amélioration de ces conditions, de fournir un rapport à ce sujet, puis d'arrêter les mesures qui s'imposent.

Nous demandons tout spécialement:

1. La suppression des démarches coûteuses sur le plan administratif imposées aux PME par la législation, de façon à tenir davantage compte de leur situation particulière;
2. Un rapport sur les moyens de faciliter la constitution de capital-risque par les PME et, tout particulièrement, d'améliorer leurs possibilités d'autofinancement;
3. La reprise immédiate de la révision de la loi fédérale sur la concurrence déloyale;
4. Des mesures fermes tant sur le plan multilatéral que bilatéral en vue de lutter contre les attitudes protectionnistes qui se manifestent depuis quelques temps à l'étranger et dont certaines sont incompatibles avec les accords internationaux.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aregger, Basler, Blocher, Bürer-Walenstadt, Flubacher, Früh, Hari, Hösli, Müller-Schärnachtal, Nef, Rätz, Teuscher, Villiger, Weber-Schwyz (14)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Unter der zunehmenden administrativen Belastung leiden die Klein- und Mittelbetriebe in ganz besonderer Masse, weil zur Bearbeitung der administrativen und statistischen Belange in der Regel keine Stabsmitarbeiter zur Verfügung stehen.

Um den Zugang zum Risikokapital zu erleichtern, kommen nach unserer Auffassung in erster Linie steuerliche Massnahmen wie Lockerung der Anlagebestimmungen für Pensionskassen oder Realisierung des am 8. Oktober 1981 vom Ständerat überwiesenen Postulats Stucki über die Doppelbelastungen bei juristischen Personen in Frage. Die Umschichtung von der privaten Ersparnisbildung zum Kollektivsparen hat unter anderem zu einer Ausdehnung des Sicherheits- zu Lasten des Risikokapitals geführt. Daraus resultieren Wachstumshemmnisse, die es abzubauen gilt.

Unter der geltenden Wettbewerbsordnung sind die Klein- und Mittelbetriebe benachteiligt. Als kleinere Anbieter haben sie es nicht nur schwerer, mit Erfolg von besonders aggressiven Verkaufsformen wie Lockvogelpolitik, vergleichende Werbung usw. Gebrauch zu machen, sondern sie leiden auch unter einschlägigen Praktiken der Konkurrenz. Als Nachfrager sind die Klein- und Mittelbetriebe zu unbedeutend, um gegenüber Lieferanten Druck auszuüben und besonders günstige Konditionen herauszupressen. Eine beförderliche Revision des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb ist deshalb vordringlich.

Schliesslich leiden unter der neoprotektionistischen Welle verschiedener unserer Handelspartner vor allem Klein- und Mittelbetriebe, die den Protektionismus nicht mittels Verlegung von Betriebstätten ins Ausland unterlaufen können. Multilateral wie bilateral muss deshalb unsere Wirtschaftsdiplomatie alles unternehmen, um unseren Produkten den freien Zugang zu den Weltmärkten zu gewährleisten.

*Schriftliche Erklärung des Bundesrates**Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Überwiesen – Transmis

Schluss der Sitzung um 19.45 Uhr

La séance est levée à 19 h 45

Postulat Rothen Situation in der Uhrenindustrie

Postulat Rothen Situation de l'industrie horlogère

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.586
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.03.1983 - 14:30
Date	
Data	
Seite	398-399
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 295

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.